



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

aus einem hämischen Anonymus machen, der ihn in einer unbekannten Zeitung angriff; aber wenn die Nerven überreizt sind, kommt der Becher schnell zum Überlaufen.

Der Professor sah mich mit seinen blinzelnden Augen an.

Wie recht haben Sie, schöne Frau, daß man sich nicht um einen anonymen Angriff grämen soll. Man tut es eigentlich auch nur, wenn man sich getroffen fühlt, und dieser Fall ist hier ja ganz ausgeschlossen. War diese Dame nicht die Fürstin Monreal mit ihrem Gemahl?

Ich bejahte kurz, und Herr Müller blieb noch neben mir stehen.

Die Fürstin ist wirklich eine vornehme Erscheinung. Nicht gerade hübsch, aber voll von Klasse. Dem alten Fürsten sieht man nicht an, daß er ein so wertvolles Archiv besitzt.

Ich weiß nicht, wie mir plötzlich der Gedanke an die vergifteten Zuckerplätzchen kam, von denen Bodild sagte, daß man sie seinen Widersachern geben mußte. Aber ich zwang mich zu einem halbwegs freundlichen Lächeln.

Die Fürstin möchte Sie gern kennen lernen, Herr Professor. Sie fragte mich, ob ich Sie beide nicht zusammen einladen wollte. Das kann ich nicht gut, aber wenn Sie Ihren Besuch auf Schloß Wieden machen wollen, müssen Sie sich beeilen. Die Herrschaften werden sehr bald wegreifen.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel

Berlin, 12. Juli 1908

(Zur Reichsfinanzreform. Die neue Krisis im Deutschen Flottenverein.)

Wir erwähnten schon in der letzten Betrachtung, daß die Zeit, die jetzt herannah, nur äußerlich eine Zeit der Stille und der Ereignislosigkeit auf innerpolitischem Gebiete ist. In Wahrheit ist es eine Zeit der Vorbereitung der Mobilmachung und des Aufmarsches für den parlamentarischen Winterfeldzug. In diesem aber steht uns ein großer Entscheidungskampf bevor, der Kampf um die Reichsfinanzreform. Er muß diesmal zu einem guten Ende geführt werden, denn das Wort, das man in politischen Waffengängen so oft hört, ohne daß es gerade besonders ernst genommen wird, nämlich die Redewendung: „So wie bisher kann es nicht weitergehen!“ — dieses Wort ist hier im allerbittersten Ernst zu verstehn.

Die Gefahr, die vor allem überwunden werden muß, ist die, daß der Ernst dieser Lage nicht überall in vollem Umfange erkannt wird. Die Regelung der Finanzfrage steht in engem Zusammenhange mit der sozialen Frage und in der auswärtigen Politik mit dem Ansehen des Reichs. Denn die Behandlung der Steuerfragen ist die beste Gelegenheit, sozialen Unfrieden zu stiften, und das Ausland hofft, wie wir schon neulich erwähnten, daß sich aus unsern Finanznöten, von denen man sich außerhalb der Reichsgrenzen eine ganz falsche Vorstellung macht, über kurz oder lang der Zusammenbruch unsrer gefürchteten militärischen Macht und eine dauernde Schwächung des deutschen Wettbewerbs im Welthandel ergeben werde. Deshalb müssen wir auf dem Gebiete der Finanzen endlich zu klaren, festgeregelten Zuständen kommen.

Man möchte freilich erstaunt fragen: Ist es denn überhaupt möglich, daß ein Politiker die ernste Bedeutung dieser Frage erkennt und die Gesundung unsrer

Grenzboten III 1908

19

Finanzwirtschaft zu gering einschätzt? Leider kann die Antwort auf diese Frage nicht so befriedigend lauten, wie es zu wünschen wäre. Wenn sich auch der Parteigeist auf vielen Gebieten vor der Macht der gesunden, instinktiven Erkenntnis der vaterländischen Gesamtinteressen zurückziehen muß — die Fragen des Geldbeutels betrachtet er doch noch immer als seine Domäne. Und im Vertrauen auf diese leidige Erfahrung wird auch jetzt der frivole Versuch erneuert, die Entscheidung über die Reichsfinanzreform zu einem Handelsobjekt der Parteien zu machen. Zwar die Blockparteien im ganzen muß man von diesem Vorwurf freisprechen. Sie werden natürlich die finanzpolitischen Grundsätze ihres Parteiprogramms nicht ohne weiteres verleugnen, sondern sie so weit als möglich zu verwirklichen streben. Darin eine Verletzung der Grundsätze der Blockpolitik zu sehen, würde ganz ungerechtfertigt sein. Verhängnisvoll für das Schicksal der Reform könnte es nur werden, wenn die Bestrebungen des Demokratischen Vereins, wie sich die Barthgruppe nennt, in freisinnigen Kreisen so weit Boden gewinnen, daß die Partei sich dem übeln Rat zuneigt, der ihr von dieser Seite gegeben wird, nämlich die Reform des preussischen Wahlrechts als Kaufpreis für die Zustimmung zu den Vorschlägen des Finanzreformprojekts zu verlangen. Die Zeiten ändern sich! Der Kunstausdruck „Kuhhandel“ für diese Art von politischen Geschäften ist einst von Freisinnigen geprägt worden, um damit ihre schärfste grundsätzliche Verurteilung dieser Methode auszudrücken. Jetzt sind es die Leute, die sich selbst für die Verkörperung des einzig echten, gesinnungstüchtigen und prinzipienfesten Liberalismus halten, von denen die Empfehlung eines besonders frivolen politischen Kuhhandels ausgeht. Ein würdiges Seitenstück zu dem Wahlterrorismus der Sozialdemokratie, die früher die Unmoralität der Wahlbeeinflussungen gar nicht leidenschaftlich genug brandmarken konnte. Auch im demokratischen Lager heiligt der Zweck die Mittel.

Die Hindernisse, die sonst der Verständigung der Parteien über die Reichsfinanzreform entgegenstehen, sind zum größten Teil erst durch die Gewohnheiten des Parteikampfes aufgetürmt worden. Die Einigung würde verhältnismäßig leicht sein, wenn die Herrschaft der so oft wiederholten Schlagworte nicht den Rückzug erschwerte. Die Liberalen haben sich auf die Gegnerschaft gegen eine weitere Ausnützung der Verbrauchssteuern festgelegt, die Konservativen auf ihre Gegnerschaft gegen die Ausgestaltung der Erbschaftsteuer. Aber vielleicht liegt gerade darin, daß zwei Projekte zur Erörterung stehn, von denen jedes seine Gegner auf einer andern Seite hat, die Möglichkeit der Verständigung. Viel schlimmer wäre es, wenn der ganze Reformplan entweder die Rechte oder die Linke gegen sich hätte. Die Einzelheiten der Reform stehn zwar noch nicht fest, und die Regierung ist begreiflicherweise nicht geneigt, ihre Absichten der Öffentlichkeit zu unterbreiten, ehe die Sache nicht im Bundesrat vollständig ins reine gebracht worden ist. Aber es ist doch ein offenes Geheimnis, daß der Ausbau der Erbschaftsteuer und eine Neugestaltung gewisser Verbrauchssteuern gleichzeitig in Frage kommen müssen. Ist das der Fall, dann kann nur etwas zustande kommen, wenn die Konservativen in dem einen, die Liberalen in dem andern Punkte nachgeben. Das ist kein „Kuhhandel“, der eine gar nicht zur Sache gehörige Frage, wie das Wahlrecht eines Bundesstaats, in die Erörterung hineinzieht, sondern ein reinliches Kompromiß, wie es in der Gesetzgebungsarbeit des modernen Staates natürlich und notwendig ist. Es ist nur in den seltensten Fällen möglich, daß eine Partei eine Forderung ihres Programms in vollem Umfange verwirklichen kann. Daher bedeutet das Nachgeben bei der Beratung einer Gesetzentlage praktisch gar nicht so viel, wie den Wählern in Zeitungen und politischen Versammlungen künstlich eingeredet wird. Wenn aber dieses Nachgeben in einem Punkte direkt mit einem Erfolg der Parteiprinzipien in

einem andern Punkte verbunden ist, dann müssen bei verständigen Politikern die Bedenken schwinden, die sonst vielleicht vom Standpunkt der politischen Moral und der Prinzipientreue erhoben werden könnten.

Eine weitere Frage würde sein, ob nicht durch die Gestaltung der Reform im einzelnen dieses durch die Umstände ohnehin gebotne Kompromiß noch erleichtert werden könnte. Die Gegnerschaft der Konservativen gegen die Erbschaftsteuer gründete sich auf grundsätzliche und praktische Bedenken. Die grundsätzlichen Bedenken werden allerdings wohl zu überwinden sein. Man hat nämlich gemeint, daß es sich zwar rechtfertigen lasse, wenn der Staat in gewissen Fällen bei dem Übergang eines Vermögens aus einer Hand in die andre eine gewisse Quote beanspruche, daß aber eine Verallgemeinerung dieses Rechts durch seine Ausdehnung auf alle Fälle des regelrechten Erbgangs nichts andres bedeute als eine grundsätzliche Beschränkung des Eigentumsrechts. Deshalb enthalte die Begründung einer allgemeinen, auch auf Deszendenten ausgedehnten Erbschaftsteuer eine Anerkennung einer sozialistischen Staatsanschauung. Das mag ja auch richtig sein, aber wir fürchten, daß wir bei Annahme dieser Ansicht aus dem sozialistischen Staat gar nicht mehr herauskönnen. Wenn das Sozialismus ist, so stecken wir schon bis über die Ohren darin, und es kann uns recht gleichgültig sein, ob uns noch ein kleines Stück Sozialismus mehr beschert wird. Warum eine Einkommensteuer weniger sozialistisch sein soll als eine Erbschaftsteuer, ist schlechterdings nicht einzusehen. Wir glauben daher, daß diese theoretischen, grundsätzlichen Bedenken nur vorgehoben werden, um gewisse praktische Befürchtungen wirtschaftlicher Art noch etwas mehr zu unterstreichen. Diese Befürchtungen beruhen wohl im wesentlichen darauf, daß eine mechanisch gehende, halbe, nicht genügend durchdachte Erbschaftsteuer den Immobilienbesitz härter trifft als das bewegliche Kapital, und daß diese Wirkung den Konservativen vorzugsweise unsympathisch ist, wird leicht zu verstehen sein. Hier wird also die Arbeit des Gesetzgebers im besondern einzusetzen haben, um die Erbschaftsteuer so zu gestalten, daß solche Härten ausgeglichen werden, und damit könnten sich auch die Liberalen einverstanden erklären, ohne sich etwas zu vergeben. Denn dafür erreichen sie etwas, was ihren eignen Forderungen entspricht, nämlich daß der Schwerpunkt der Reichseinnahmen nicht mehr ausschließlich in den Verbrauchssteuern und den Beiträgen der Einzelstaaten liegt, sondern das Vermögen der Reichsangehörigen unmittelbar für den Finanzbedarf des Reichs herangezogen wird. Denn wie auch die Doktorfrage entschieden werden mag, ob die Erbschaftsteuer zu den direkten oder indirekten Steuern gehört, sie ist zweifellos eine Vermögenssteuer. Daß sie nur die Vermögen trifft, die infolge Todesfalls in eine andre Hand übergehen, macht sie weniger lästig als die periodisch zu erhebende Vermögenssteuer im engeren Sinne, ändert aber an ihrem Charakter nichts. Und das kann in liberalen Augen doch nur als Vorzug gelten.

Daß eine Neuregelung der Verbrauchssteuern den andern Teil des Programms bilden muß, ist unvermeidlich. Dieser Einsicht werden sich die Liberalen auch als grundsätzliche Gegner der indirekten Besteuerung des Massenverbrauchs nicht verschließen können. Das Schlagwort von der Verteuerung der notwendigen Lebensmittel wird in diesem politischen Kampfe wieder eine große Rolle spielen, und der Begriff des Notwendigen wird dabei auch auf Besteuerungsobjekte ausgedehnt, die zwar als Gegenstände des gewohnheitsmäßigen Massenverbrauchs nahezu unentbehrlich geworden sind, aber doch nicht zu den eigentlichen Lebensbedürfnissen gerechnet werden können. Man wird aber daran festhalten müssen, daß die Besteuerung von Verbrauchsartikeln wie Bier, Tabak und Branntwein als Einnahmequelle gar nicht zu entbehren ist. Es kann also auch hier nur darauf ankommen, für diese Steuern

eine Form zu finden, die gewisse Abstufungen gestattet, sodaß der Luxus und der reichliche Verbrauch des Wohlhabenden mehr getroffen wird als der zwar ebenfalls nicht direkt notwendige, aber einem Bedürfnis nahekommende Verbrauch des ärmern Mannes. Aus den Verbrauchssteuern der genannten Art lassen sich sehr wohl höhere Erträge ziehen, ohne daß von einer ungerechten Belastung der ärmern Klassen die Rede zu sein braucht.

Neuerdings ist die öffentliche Meinung wieder mit einer neuen Krisis im Deutschen Flottenverein beschäftigt. Die Hoffnung, der wir hier vor einigen Wochen Ausdruck gaben, daß die Danziger Verständigung ein dauernder Friede sein werde, hat sich nicht erfüllt. Fürst Salm wollte sich nach den gemachten Erfahrungen zur Annahme des Präsidiums nicht eher entschließen, als bis er eine gewisse Sicherheit dafür erhielt, daß ihm die Führung der Geschäfte im Sinne der Danziger Resolution nicht durch Quertreibereien erschwert würde. Es war zu fürchten, daß es politischen Känkelspinnern, die den Verein gern unter bestimmte Parteeinflüsse bringen möchten, wiederum gelingen könnte, das Ohr fürstlicher Protektoren des Vereins zu gewinnen und so auch an einer Stelle ihren Willen durchzusetzen, der gegenüber das Präsidium unter allen Umständen machtlos ist. Fürst Salm wollte also nicht eher annehmen, bis er die ihm zugesicherte Audienz beim Kaiser erhalten und dessen Willensmeinung gehört hatte. Darüber verging einige Zeit, und sie wurde gründlich von denen ausgenutzt, die ihre Sonderwünsche in Danzig nicht genügend befriedigt sahen. Noch ehe die Entscheidung gefallen war, veranstaltete der bayerische Landesverband eine Delegiertenversammlung, wobei die scheinbar loyale Zurückhaltung, die die Bayern in Danzig beobachtet hatten, eine seltsame Beleuchtung erfuhr. Die Erwartung, die einige Optimisten gehegt hatten, daß nach dem Friedensschluß jetzt auch die alten bayerischen Führer freiwillig zurücktreten würden, um die Erinnerung an den Zwist zu begraben, so wie das alte Präsidium, obwohl es die Mehrheit hinter sich hatte, die Personen der Sache geopfert hatte — diese Erwartung wurde getäuscht. Die Bayern behielten ihre alten Führer, die den ganzen Streit entfesselt hatten und genug Beweise hatten, daß die Mehrheit der Vereinsmitglieder im Reiche ihnen das entschiedenste Mißtrauen entgegenbrachte. Aber nicht genug damit! Einer dieser Führer, Regierungsrat von Braun, erklärte in der Versammlung öffentlich, daß die Bayern den Fürsten Salm für eine ungeeignete Persönlichkeit hielten und seiner Wahl nur zugestimmt hätten, weil sie erwarteten, daß er die Wahl nicht annehmen werde. Als ferner in der Versammlung auf die Danziger Resolution hingewiesen wurde, erklärte Herr von Braun mit bemerkenswertem Zynismus, daß Resolutionen keine bindende Bedeutung hätten. Das war also der offene Friedensbruch, ein offenes Bekenntnis zur Illoyalität. Da nun überdies Fürst Salm in der Audienz beim Kaiser die erbetene Zusicherung — sie soll in der Bitte um Immediatvortrag der Flottenvereinsachen bestanden haben — nicht erhielt, so lehnte er die Wahl zum Präsidenten des Vereins ab. Diese Entscheidung, die nun dem Danziger Frieden jede Bedeutung nahm und den vollen Sieg der bayerischen Minderheit bedeutete, beantworteten viele Ortsgruppen und auch einige größere Verbände mit dem Austritt aus dem Verein. Eine neue Krisis war da.

Einstweilen scheint es, als ob das vertrauenswürdige Auftreten des neuen Präsidenten, des Großadmirals von Rösser, sie beschwören werde. Er hat bei Annahme des Präsidiums die bestimmte Erklärung abgegeben, daß er die Geschäfte im Sinne der Danziger Resolution leiten und die Unabhängigkeit des Vereins nach allen Seiten wahren werde. Daraufhin haben verschiedene Landes- und Provinzialverbände, die sich schon mit dem Gedanken des Austritts aus dem Verein getragen hatten, ihr Verbleiben im Verein beschlossen. Wenn sich daran auch der Wunsch und die Hoffnung knüpfen läßt, daß die Einigkeit vielleicht erhalten bleibt,

so ist doch leider nicht zu leugnen, daß die Sicherheit, zu einem dauernden Frieden, zu einem wirklichen Abschluß der Krisis gelangt zu sein, in diesem Augenblick noch nicht gegeben ist. Denn der Massenaustritt ist nur durch die Überzeugung verhütet worden, daß der alte Kurs im Flottenverein beibehalten werden soll. Da aber in Bayern noch dieselben Männer an der Spitze sind, die das Festhalten an diesem alten Kurs immer und immer wieder zum Anlaß friedensstörender Schritte genommen haben, so ist nicht zu erwarten, daß die Bayern Ruhe halten, wenn das neue Präsidium ernstlich im Sinne der Befundungen des Großadmirals von Küster handeln will. Eine Weile nach dem Tage von Danzig konnte man wohl glauben, daß die bayrische Minderheit, nachdem sie den Sturz des frühern Präsidiums der Mehrheit abgetrogt hatte, ihren Terrorismus fallen lassen würde. Aber dieses Vertrauen ist seitdem erschüttert worden, und inzwischen ist auch in vielen Kreisen des Flottenvereins der Zorn gegen diesen Minderheitsterrorismus so sehr gestiegen, daß neue Forderungen von bayrischer Seite eine Spaltung im Verein zur notwendigen Folge haben müßten. So bedauerlich eine solche Spaltung wäre, so wäre sie doch immer noch einem Zustand vorzuziehen, der die Gesamtheit der Vereinsmitglieder zwänge, ihre Tätigkeit nach den Wünschen der Bayern einzurichten. Das würde aus zwei Gründen verhängnisvoll sein.

Der erste dieser Gründe bezieht sich auf die Stellung Bayerns zum Deutschen Reich. Wir sind über die Zeiten hinaus, in denen noch eine ernstliche Besorgnis aufkommen konnte, die Festigkeit des Reichsbaues könne irgendwie erschüttert, die Existenz des Reichs in Frage gestellt werden. Je weniger wir daran zu denken brauchen, desto unbefangener können wir den bundesstaatlichen Charakter des Reichs aufrechterhalten und den Einzelstaaten ihr Recht lassen. So finden wir es sehr natürlich, daß dem zweitgrößten deutschen Bundesstaat eine möglichst weitgehende Berücksichtigung zuteil wird, weil es der Entwicklung unsers nationalen Lebens nicht zuträglich sein würde, wenn in dem größten deutschen Staate südlich der Mainlinie das Gefühl Platz griffe, daß dieses große deutsche Gebiet nicht in seiner geschichtlich berechtigten Bedeutung erkannt und unter Wahrung der gesetzlichen Formen rücksichtslos majorisiert und ausgeschaltet würde. Jeder verständige Deutsche wird deshalb nach dem uns von Bismarck gegebenen Beispiel damit einverstanden sein, daß sich namentlich Preußen hütet, gerade Bayern gegenüber ohne Not sein natürliches Übergewicht als größter und führender Staat im Reiche geltend zu machen. Es schadet auch gar nichts, wenn in solchen Fragen, wo jeder einzelne Bundesstaat als Ganzes seine Stimme in die Wagschale zu legen hat, durch die Courtoisie Preußens das bayrische Gewicht im Räte der deutschen Stämme etwas schwerer wiegt, als es im Grunde gerechtfertigt ist. Preußen kann das vertragen und erwartet dafür auch keinen Dank aus dem Lager jener Bajuwaren, denen es Lebensbedürfnis ist, auf Preußen zu schimpfen. Aber ein gewisses Gegengewicht muß doch vorhanden sein. Es muß wenigstens einige Dinge geben, in denen das deutsche Volk nicht nur geistig und kulturell, sondern auch politisch eine Einheit darstellt, und die in dieses Gebiet fallenden Fragen müssen einheitlich behandelt werden. Eine solche Angelegenheit ist in erster Linie die deutsche Flotte. Es ist absolut unerfindlich, was der Staat Bayern für Sonderinteressen in Flottenfragen haben kann, außer dem einzigen, daß die bayrische Bevölkerung ein Bruchteil des deutschen Volks ist. Und wenn in diesem Volke das Bedürfnis entsteht, in freier Vereinstätigkeit das Verständnis für die deutsche Seemacht zu fördern, so liegt auch nicht ein Atom von einer moralischen Berechtigung für die bayrische Forderung vor, daß das ganze deutsche Volk nach der Pfeife der bayrischen Minderheit tanzen soll. Es kann vor allen Dingen auch nicht im bayrischen Interesse liegen, daß sich im ganzen Reiche eine gewisse Entrüstung gegen Bayern ansammelt, und daß der An-

spruch der Bayern, in allem und jedem eigne Wege zu gehn und über das sachlich berechnete Maß hinaus berücksichtigt zu werden, einem Unwillen begegnet, der sich auch auf die Fragen überträgt, in denen die Reservatstellung Bayerns bisher berechnete erschien. Wenn die bayerischen Treibereien im Flottenverein fort dauern, wird damit eine jetzt noch mühsam zurückgedrängte Stimmung gefördert, die im nationalen Interesse tief bedauerlich ist. Nicht die Festigkeit des Reichs, wohl aber das Vertrauen der besten nationalen Kreise wird erschüttert, wenn der Eindruck bestätigt erscheint, daß Richtungen, die in der Reichspolitik glücklich zurückgedrängt sind, gleichwohl ihren Willen durchsetzen, wenn es ihnen gelingt, in dem Gewande bayerischer Wünsche — womöglich unter Benutzung dynastischer Empfindlichkeiten — wieder zu erscheinen.

Ein zweiter Grund, weshalb wir den Sieg der Bayern im Flottenverein bedauern, ist die Beobachtung, daß die politische Betätigung des deutschen Volks in der Regel nur die Wahl kennt zwischen Indolenz und Mörgelei. Der Deutsche betätigt sich politisch entweder gar nicht oder negativ. Hat er einen Führer, dem er Vertrauen schenkt, und mit dem er einverstanden ist, so läßt er sich führen, legt die Hände in den Schoß und schlummert ein. Ist das Gegenteil der Fall, so verfällt er in eine allgemeine Stimmung der Unzufriedenheit und betreibt eine gefühlsmäßige, unfruchtbare Opposition, die den Charakter der unpraktischen Prinzipienreiterei oder der lächerlichen Mörgelei und Besserwisserei annimmt. Wenn unsere innerpolitischen Zustände im Auslande so leicht zu diskreditieren sind, wenn unsere Regierung nach außen hin autokratisch erscheint, als sie es in Wahrheit ist, wenn man im Auslande jedes nicht oppositionelle deutsche Urteil in politischen Dingen für abhängig, von der Regierung befohlen hält, so liegt das im wesentlichen daran, daß jede politische Bewegung, die bei uns aus freier Zustimmung die Regierung in ihren nationalen Aufgaben unterstützt, sich ängstlich zurückhält und ihre Übereinstimmung mit der Regierung bis zu einem Grade markiert, der die Zweifel an ihrer Unabhängigkeit mindestens erklärlich macht. Der Flottenverein war die erste Organisation, die auf dem besten Wege war, weite Kreise des deutschen Volks nicht in der Negation, sondern zu freier, selbständiger Arbeit an einer großen nationalen Aufgabe zusammenzufassen. Das war nicht nur an sich nützlich, sondern auch als Beispiel wertvoll; man konnte darin den Anfang einer wirklichen politischen Erziehung des deutschen Volks sehen. Diese verheißungsvollen Anfänge sind durch Mächenschaften einer Partei, die es verstanden hat, ihren Anteil an der Sache geschickt zu verbergen und dafür behördliche Rechthaberei und dynastische Empfindlichkeit auf ihre Seite zu bringen, schwer bedroht, wenn es nicht gelingt, den Kurs des Flottenvereins von der bayerischen Minderheit unabhängig zu erhalten. Die Besorgnis, daß das freie Schalten der Kräfte im Flottenverein ein Regiment von Heißspornen herbeiführen werde, ist nur dann begründet, wenn die Regierung es dauernd verabsäumt, zu einer solchen nationalen Bewegung das rechte Verhältnis zu gewinnen, das heißt den Strom selbst gewähren zu lassen, aber das Nötige zu tun, um das Wasser dieses Stroms im gegebenen Augenblick auf ihre Mühlen leiten zu können. Wir hoffen, man wird mit dem Flottenverein trotz allen Hindernissen doch noch dahin kommen.

Koloniale Rundschau

Berlin, 12. Juli 1908

Dernburgs Fahrt nach Südwest ist nach wie vor im Augenblick das Wichtigste, was die kolonialen Gemüter bewegt. Allerdings sorgt der Staatssekretär dafür, daß die Gemütsbewegung nicht zu heftig wird. Er schweigt sich gründlich aus, und da er diesmal die Berichterstatter zu Hause gelassen hat, so erfährt man

rein gar nichts von interessanten Gesprächen, bedeutsamen Reden. Dernburg hat von seinen ostafrikanischen Erfahrungen in dieser Beziehung genug, was man ihm nicht verdenken kann. Es ist ja auch für uns nicht übermäßig wichtig, was in Britisch-Südafrika bei Frühstück und Diner an Liebenswürdigkeiten ausgetauscht worden ist. Der Besuch auf englischem Boden diene ja mehr der persönlichen Information Dernburgs, die Beziehungen zwischen den deutschen und englischen Kolonien aber werden anderswo geregelt. Wichtiger wird die Reise für uns, sobald der Staatssekretär deutschen Boden betritt, was in diesen Tagen von Prieska aus über Upington in Namak, der deutschen Grenzstation, geschehen wird. Denn die Fragen, in denen Dernburg in Ostafrika einen von dem der Mehrheit der kolonialen Kreise abweichenden Standpunkt eingenommen hat, sind für Südwest beinahe noch in höherem Maße Lebensfragen als in Ostafrika. Ich meine die Eingebornenfrage und die Besiedlungsfrage. Vernünftigerweise wollen die südwestafrikanischen Ansiedler deswegen dem Staatssekretär nicht voreingenommen gegenüber treten. Diese Auffassung der Sachlage, die zunächst in einer Farmerversammlung zum Ausdruck kam, ist recht verständig und spricht für die politische Reise unsrer Landsleute drüben. Wie diese im übrigen über die Eingebornenfrage denken, und daß sie keineswegs aus ihrem Herzen eine Mördergrube machen, geht daraus hervor, daß in jener Versammlung unter Zustimmung der Beteiligten betont wurde, daß es immer noch Zeit sei, Stellung zu nehmen, falls Dernburg dieselbe Eingebornenpolitik für Südwestafrika einleiten wolle wie für Ostafrika. Wozu nach zu richten! Es wird wohl auch nicht zu schlimm kommen, denn Dernburg wird schließlich selbst einsehen, daß er mit seiner Ausnahmearuffassung nicht durchdringen wird, sondern sich nach den Anschauungen des deutschen Volks zu richten hat. Und diese entsprechen einem gemäßigten, durch natürliches Gerechtigkeitsgefühl und Kulturbewußtsein geläuterten Herrenstandpunkt. Und was die Besiedlungsfrage anlangt, so wird wohl Dernburg deutlich genug herausgefühlt haben, daß Südwest nach unserm Volksempfinden in erster Linie dem unternehmenden deutschen Mann eine neue Heimat werden soll, nicht ausschließlich ein Arbeitsfeld für kapitalistische Unternehmungen. Und es sollte in dieser Richtung nicht gespart werden. Wo ein tüchtiger Ansiedler aus Mangel an Kapital nicht weiter kommen kann oder den zweifellos kommenden ungünstigen Übergangsjahren nicht gewachsen ist, da soll das Mutterland einspringen und darum von vornherein dafür sorgen, daß für solche Zwecke ein Fonds da ist, um Kreditvereinigungen der Ansiedler ins Leben zu rufen oder um sie in schweren Jahren über Wasser zu halten. Mit einigen hunderttausend Mark, erst recht mit wenigen Millionen, wie sie bei uns alljährlich für weit überflüssigere Dinge ausgegeben werden, ist da viel zu machen. Und was bedeuten diese verhältnismäßig kleinen Opfer gegenüber dem dauernden Gewinn für unser Volkstum? Es wäre denn doch etwas armselig, wenn wir nicht verstünden, unsern eignen Kolonien die weltbekannten kolonijatorischen Fähigkeiten des Deutschen, denen viele Länder der Erde ihren Wohlstand verdanken, dienstbar zu machen und diese Fähigkeiten endlich einmal unter deutscher Flagge betätigen zu lassen.

Eine gute Probe haben wir ja schon in unser südwestafrikanischen Kolonie. Unsr Landsleute können sich mit ihren Leistungen sehen lassen, und an Gemeinssinn, politischem und wirtschaftlichem Verständnis fehlt es ihnen keineswegs. Das haben sie bewiesen, indem sie ohne Murren die aus der Selbstverwaltung erwachsenden Lasten auf sich nahmen, die in Anbetracht der durch den Aufstand geschaffnen ungeunden Verhältnisse recht empfindlich sind. Darauf muß Bedacht genommen und jede weitere Belastung vermieden werden, bis die nächsten Jahre überwunden und wieder normale Verhältnisse in der Kolonie eingeleitet sind.

Bei dieser Gelegenheit und im Zusammenhang damit noch ein paar Worte über die vielbesprochne deutsch-englische Interessengemeinschaft in Südafrika. Wir haben schon wiederholt betont, daß eine solche Interessengemeinschaft sich zunächst auf wirtschaftliches Gebiet und das Gebiet der Eingebornenpolitik erstreckt. Eine solche Interessengemeinschaft ist aber auch die Grundlage einer gesunden politischen Entwicklung in Südafrika. Wie lebhaft die Unabhängigkeitsbestrebungen der englischen Kolonie Südafrikas sind, ist nur zu bekannt. Die treibende Kraft ist dabei das überwiegende buriſch-holländische Element der Bevölkerung, das auch in unsrer Kolonie heute noch einen recht beträchtlichen Teil der Bevölkerung ausmacht, notorisch den am schwersten lenkbaren. Das ist heizzeiten zu beachten. Für unsre Kolonie werden die Zeiten nicht ausbleiben, wo sich das gemeinsame Interesse mit dem übrigen Südafrika auf wirtschaftlichem Gebiet und damit das Anschlußbedürfnis lebhaft geltend machen wird. In einer rein oder vorwiegend deutschen Kolonie wird das nicht viel schaden. Denn das stärkste Band bilden schließlich Volkstum und Sprache. Aber die Klugheit wie die Liebe zu unserm jungen Deutschland jenseits des Meeres gebietet uns, dieser Entwicklung entgegenzukommen, indem wir jetzt schon eine Interessengemeinschaft auf wirtschaftlichem Gebiete anbahnen, um zu verhindern, daß sich ein politisches Anschlußbedürfnis eines Tages geltend macht. In London wird man dies nicht minder beachten müssen, denn diese Taktik ist das beste Mittel zur Dämpfung allzu lebhafter Unabhängigkeitsbestrebungen. Das Interesse des Mutterlandes läßt sich deswegen doch einigermaßen wahren. Voraussetzung muß für uns sein, daß in allen Teilen von Deutsch-Südwest das Deutschtum das Übergewicht hat, daß sich nirgends etwa buriſche Bezirke bilden, namentlich nicht im Süden, kurz und gut, daß unsre Kolonie deutsch ist in ihrem innersten Wesen. Sonst sind solche Experimente gefährlich. Dernburg wird gewiß sein Augenmerk darauf richten.

Von besonderem Interesse gerade für unsre südwestafrikanische Kolonie ist übrigens die Deutsche Ansiedlerschule, die in Hohenheim in Württemberg im Anschluß an die dortige landwirtschaftliche Hochschule ins Leben gerufen werden soll. Wenn man an die besondern kolonisationsfähigkeiten der Schwaben denkt, so verdient das Unternehmen entschieden Beachtung. Es soll die alte Kolonialschule in Wikenhausen ergänzen, indem es vorzugsweise Kleinsiedlern, Handwerkern, Technikern in ein- bis anderthalbjährigem Lehrgang die für die Kolonien notwendige Vorbildung geben will. Zur Verwirklichung des Gedankens hat sich ein Verein in Stuttgart gebildet, der natürlich der Unterstützung durch Zeichnung von Beiträgen bedarf. Dem die Besiedlung der Kolonien durch deutsche Auswanderer am Herzen liegt, der tut ein gutes Werk, wenn er sich an der Verwirklichung dieses Unternehmens beteiligt.

Zum Schluß sei noch eines alten Kolonialpioniers gedacht, der jetzt nach zwanzigjähriger Tätigkeit in den deutschen Kolonien in den Ruhestand tritt. Wir meinen Jesko von Puttkamer, den bisherigen Gouverneur von Kamerun. Wie bei allen andern Kolonialskandalen so ist auch beim Fall Puttkamer sozusagen nichts herausgekommen als eine nicht geringe Blamage für die, die ihn angerühmt haben. Kleine Entgleisungen berechtigen nicht dazu, einen verdienten, im schweren Kolonialdienst ergrauten Mann seiner Verdienste zu berauben. Puttkamer ist und bleibt der Mann, der den Grund gelegt hat zu einer erfreulichen Entwicklung unsrer Kolonie Kamerun. Man kann ihm nur wünschen, daß sein otium cum dignitate recht lange dauern und er noch die Früchte seiner Lebensarbeit erleben möge. Sine ira et studio betrachtet ist Puttkamer das Urbild des deutschen Kolonialpioniers.

Rudolf Wagner